

Motion Fraktion GB/JA! (Esther Oester, GB/Lea Bill, JA!): Grüne Wirtschaft - Reduktion der Lebensmittelverschwendung in der Stadt Bern um einen Drittel

Bei einer Weltbevölkerung von 7 Milliarden hungern heute rund eine Milliarde, vorwiegend in den Entwicklungsländern und auf der Südhalbkugel. Die Herausforderung, alle zu ernähren, wird aus vielen verschiedenen Gründen weiterhin grösser: Internationale Nahrungsmittelspekulation, Ungleichverteilung von Ressourcen und Lebenschancen, Zunahme von Ressourcenverbrauch in den aufstrebenden Ländern wie Brasilien, Indien, Russland und China; erschwerte landwirtschaftliche Produktionsbedingungen, Klimawandel usw. Dazu kommt, dass in den Industrieländern bis zu einem Drittel der produzierten Lebensmittel verschwendet d.h. weggeworfen werden.

Heute gehen ein Drittel der für den Schweizer Konsum produzierten Lebensmittel entlang der ganzen Lebensmittelkette verloren, das sind 2 Mio. Tonnen pro Tag. Von den 3'360 kcal pro Person und Tag, die in der Schweiz verfügbar sind, werden nur 2'250 kcal tatsächlich verzehrt.

Die Schweizerische Landwirtschaftspolitik fördert zwar die inländische Produktion, so werden noch zwei Drittel der Bedürfnisse mit Produkten aus dem Inland abgedeckt. Trotzdem fallen die Lebensmittelverluste entlang der ganzen Lebensmittelkette an: Produktion (13%), Handel (2%), Verarbeitung (30%), Detailhandel (5%), Gastronomie (5%), Haushalte (45%). Ein grosser Anteil dieser Verluste ist vermeidbar, sie entstehen z.B. aufgrund von Normen (zu kleine oder zu grosse Früchte) oder aus Unwissen über die Haltbarkeit und die Aufbewahrung.

Die Stadt Bern soll sich als Pionierin des nachhaltigen Wirtschaftens dafür einsetzen, ein Drittel der Lebensmittelverluste auf dem Gemeindegebiet zu vermeiden. Ein Ziel, das ohne viel Aufwand erreicht werden kann, aber viel bewirkt: 30% weniger Verschwendung heisst für die Schweiz zwei Millionen Tonnen CO2 vermeiden, entspricht 500'000 Personenwagen weniger auf der Strasse (12% aller Autos). Es bedeutet nicht 1/3 weniger essen, sondern 1/3 weniger Produktion, weniger Importe und weniger Ressourcenverbrauch und Abfall. Grünes Wirtschaften erzielt ein Gleichgewicht zwischen Umwelt, Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit. Ressourcen werden wiederverwertet und Kreisläufe geschlossen.

Konkret soll sich der Gemeinderat dazu verpflichten, bis in fünf Jahren (2018) ein Drittel der Lebensmittelverschwendung (Basis Ende 2013) zu vermeiden. Dazu soll er einen Massnahmenplan vorlegen und regelmässig über die Fortschritte in der Umsetzung berichten. Bei den Massnahmen sind folgende Prioritäten zu setzen:

1. Vermeiden: Sensibilisierungskampagnen bei der Bevölkerung und dem Gewerbe mit dem Ziel der Reduktion von Lebensmittelverlusten durch Verhaltensänderungen beim Einkauf und Konsum und Vertrieb. Beispiel www.foodwaste.ch
2. Spenden: Koordination mit und Förderung von Organisationen, die noch verwendbare Lebensmittel weiter verteilen (Tischlein deck Dich, Caritas, Gassenküche usw.)
3. Sammlung von Grüngut und Speiseresten bei Haushalten und gewerblichen Betrieben wie Spitäler, Heime, Kantinen gemäss der interfraktionellen Motion „Organischer Abfall zur Energiegewinnung einsammeln“, März 2009 und Oktober 2011.
4. Verwertung von Lebensmittelresten in Koordination mit den ARA und anderen öffentlichen oder privaten Anbietern.

Bern, 10. Januar 2013

Erstunterzeichnende: Esther Oester, Lea Bill

Mitunterzeichnende: Leena Schmitter, Cristina Anliker-Mansour, Mess Barry, Christa Ammann, Franziska Grossenbacher, Judith Gasser, Christine Michel, Sabine Baumgartner, Stéphanie Penner, Luzius Theiler, Rolf Zbinden

Antwort des Gemeinderats

In seiner Strategie Bern 2020 hält der Gemeinderat fest, dass die Stadt Bern beim ökologischen Umbau eine Vorreiterrolle einnimmt. Sie fördert konsequent die Produktion erneuerbarer Energie und Energieeffizienz, verstärkt ihr Engagement im Abfallmanagement und der öffentliche Verkehr sowie der Fuss- und Veloverkehr geniessen Priorität. Die Stadt lebt das Konzept der Entwicklung nach innen und fördert die massvolle Siedlungsverdichtung und -erweiterung. Sie bewahrt Natur und Landschaft treuhänderisch für die künftige Generation.

Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat grosse Sympathie für das Anliegen, die Lebensmittelverschwendung in der Stadt Bern um einen Drittel zu reduzieren. Deshalb hat er im Frühling 2013 auch der „Zero Waste Charter“ zugestimmt, einer in Italien lancierten Initiative, die das Ziel hat, 1 000 Gemeindevertreterinnen und -vertreter in Europa zur Befürwortung und somit zur Unterstützung zur Reduktion der Lebensmittelverschwendung zu bewegen.

Gleichzeitig hält der Gemeinderat jedoch fest, dass sich die Umsetzung der im Vorstoss konkret formulierten Forderungen teilweise schwierig gestaltet. Einerseits schätzt der Gemeinderat den zeitlichen Rahmen von fünf Jahren (2013 - 2018) als unrealistisch ein. Andererseits liegen viele der dazu geforderten Massnahmen nicht im Kompetenzbereich des Gemeinderats, sondern können nur mittels nationaler Gesetzgebung oder branchenspezifischer Zielvereinbarungen zwischen Wirtschaft und dem Bundesrat durchgesetzt werden. Dies gilt beispielsweise für folgende Elemente:

- Kostenwahrheit bei Nahrungsmitteln - mittels weniger Subventionen -, damit weniger verschwendet wird;
- Anpassung der Rahmenbedingungen für das Mindesthaltbarkeitsdatum bei Lebensmittelprodukten;
- kleinere Verpackungsgrössen.

Auf Bundesebene sind entsprechende Bestrebungen im Gange. So prüfen zurzeit mehrere Bundesämter im Rahmen des bundesrätlichen Aktionsplans Grüne Wirtschaft vom 8. März 2013, wie sich Nahrungsmittelreste reduzieren und nicht vermeidbare Abfälle besser verwerten lassen. Dazu fand am 13. Juni 2013 in Bern/Zollikofen die Konferenz „Strategien gegen Food Waste“ statt. Diese Konferenz wurde vom Bundesamt für Landwirtschaft organisiert, wobei die Migros als Hauptpartnerin auftrat.

Der Gemeinderat versucht, bezüglich der Reduktion der Lebensmittelverschwendung dort aktiv zu sein, wo er Einfluss nehmen kann; dies ist beispielsweise bei der organischen Abfallentsorgung, bei Spenden und oder bei der Sensibilisierung der Fall. Aufgrund der finanziell angespannten Lage ist es seiner Meinung nach jedoch nicht angebracht, ohne Not neue grössere Projekte - beispielsweise eine breit angelegte Sensibilisierungskampagne - in Angriff zu nehmen.

Zu den einzelnen Punkten nimmt der Gemeinderat vor diesem Hintergrund wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1:

Die Stadt Bern setzt heute bereits verschiedene Sensibilisierungsmassnahmen um:

- Die Auseinandersetzung mit einem sorgfältigen Umgang mit Lebensmitteln ist heute Pflichtstoff an der Volksschule, der auf allen Stufen in unterschiedlicher Form vermittelt werden muss. Der kantonale Lehrplan verlangt im Fach Natur-Mensch-Mitwelt (NMM) die Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen und enthält unter anderem die Zielsetzung, Haltungen zu entwickeln, in denen die Schülerinnen und Schüler sich um einen rücksichtsvollen Umgang mit den natürlichen Grundlagen unseres Lebensraums bemühen. Das Fach NMM enthält ein Teilgebiet Mensch - Konsum - Haushalt - Hauswirtschaft, in dem unter anderem das Bewusstsein geweckt werden soll, dass wir zu unseren Lebensgrundlagen Sorge tragen sollen und dass die Schülerinnen und Schüler mit einem bewussten Konsum und einem sorgfältigen Umgang mit Gütern, Energie und Wasser einen Beitrag leisten zur Schonung der natürlichen Ressourcen, unseres Lebensraums und der Lebensräume von Menschen in fernen Ländern. So zieht sich das Themenfeld „Produzieren Konsumieren“ durch alle Schulstufen hindurch, wobei auf jeder Stufe altersspezifische Inhalte vermittelt werden.
- Die Sensibilität für einen sorgfältigen Umgang mit Essensresten ist zudem auch in den Tagesschulen sehr gross. Hier werden kaum Essensresten entsorgt. Stattdessen werden diese den Kindern zum Zvieri angeboten, die Betreuungspersonen nehmen die Resten nach Hause oder sie werden zum Teil wiederverwertet. Die Schülerinnen und Schüler lernen somit einen sorgfältigen Umgang mit den Nahrungsmitteln.
- Mit dem Abfallunterricht an Schulen stellt die Stadt Bern den Schulklassen (Kindergarten, 2., 5., 8. Klasse) kostenlos Fachkräfte zur Verfügung, die auf spielerische Art und Weise Basiswissen zur Abfallentsorgung, zum Recycling sowie der Bedeutung von Rohstoffen und ihrer Herkunft vermitteln. Das Angebot wird rege genutzt.
- Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 besteht schliesslich die Möglichkeit, bei der Stadt Bern eine einmalige finanzielle Unterstützung zu beantragen, um auf Gemeindeebene Projekte u.a. auch im Bereich der Lebensmittelverschwendung, umzusetzen. Falls ein Quartier Aktivitäten zur Lebensmittelverschwendung durchführen möchte, kann es im Rahmen des Umwelttags quartierweise einen entsprechenden Schwerpunkt setzen.

Eine breit angelegte Sensibilisierungskampagne bei der Bevölkerung und beim Gewerbe zum Thema Lebensmittelverschleiss wäre nach Einschätzung des Gemeinderats höchstens dann erfolgversprechend, wenn sie überkommunal und über mehrere Jahre angelegt würde. Dies würde erfahrungsgemäss Mittel in der Höhe von mehreren Hunderttausend Franken binden, was in der aktuellen finanziellen Situation der Stadt nach Auffassung des Gemeinderats nicht vertretbar wäre.

Zu Punkt 2:

Die geforderte Koordination und Förderung von Organisationen, die noch verwendbare Lebensmittel verteilen, läuft in Bern bereits sehr gut, weshalb es aus Sicht des Gemeinderats keine ergänzende städtische Koordination braucht. So beliefert die Schweizer Tafel mit ihrem Verteilnetz unter anderem die Gassenküche, Tischlein deck dich und viele weitere Institutionen. Täglich werden in der Schweiz durch diese Organisation 14 Tonnen Nahrungsmittel gratis an soziale Institutionen abgegeben.

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport stellt den Gassenküchen der Elternvereinigung drogenabhängiger Jugendlicher und des Vereins „Gasse z'Nacht“ den Hof neben der Anlauf- und Kontaktstelle an der Hodlerstrasse unentgeltlich für Essensabgaben zur Verfügung. Die beiden Organisationen verpflegen jeweils Montag- und Donnerstagabend im Hof sozial benachteiligte Menschen in einem geschützten Rahmen ausserhalb des öffentlichen Raums. Beide Organisationen

brauchen für die Essensabgaben Lebensmittel, die sie von Gewerbebetrieben oder der Schweizer Tafel erhalten.

Zu Punkt 3 und 4:

Der Gemeinderat befürwortet die Sammlung von organischem Abfall zur Energiegewinnung. Er hat deshalb am 30. April 2013 eine Teilrevision des städtischen Abfallreglements und einen Ausführungskredit verabschiedet, damit die heutige Grüngutsammlung ab 2015 - ganzjährig - auf Speisereste und Küchenabfälle ausgeweitet werden kann. Über diese Vorlage wird als nächstes der Stadtrat zu entscheiden haben, welcher damit gleichzeitig die am 29. Oktober 2009 vom Stadtrat erheblich erklärte Interfraktionelle Motion von SP/JUSO, SVP plus, FDP, GLP, BDP/CVP, GFL/EVP, GA/JA! als erfüllt wird abschreiben können.

Die Ausweitung der städtischen Grüngutsammlung ist im Übrigen mit der ARA Region Bern abgestimmt, welche bereits heute organische Abfälle aus gewerblicher Nutzung in einer eigenen Biogasanlage verarbeitet. Damit produziert die ARA Region Bern AG pro Jahr rund 16.8 Gigawattstunden Biogas, was dem Ersatz von rund 1.7 Mio. Litern fossiler Treibstoffe entspricht. Die Anlage der ARA Region Bern AG ist jedoch auf pumpfähige Speiseabfälle ausgelegt und daher für das von der Stadt gesammelte Gemisch aus Speise-, Rüst- und Gartenabfällen nicht geeignet. Die Stadt wird deshalb für die Annahme bzw. Verwertung ihrer Grünabfälle (Vergärung) in einer ersten Phase eine öffentliche Ausschreibung durchführen, bei welcher die Transportdistanz als Zuschlagskriterium mit berücksichtigt wird. Sollten sich in Zukunft Pläne für eine gemeinsame Vergärungsanlage in der Umgebung von Bern realisieren lassen, könnte die Stadt Bern die Verwertung zu gegebener Zeit neu organisieren. Die Vergabe für die externe Vergärung erfolgt deshalb in einem ersten Schritt nur für eine relativ kurze, beschränkte Zeitdauer.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Einführung der erweiterten Grüngutsammlung erfordert einen einmaligen Investitionskredit von rund 1.32 Mio. Franken und führt zu jährlich wiederkehrenden Zusatzkosten von 1.75 Mio. Franken; die jährlichen Kosten werden über die Abfallgrundgebühren und über eine moderate Verursachergebühr (Containergebühr) finanziert. Eine breit angelegte Sensibilisierungskampagne zum Thema Foodwaste müsste - soll sie Wirkung erzielen - überkommunal und über mehrere Jahre angelegt werden, was erfahrungsgemäss Mittel in der Höhe von mehreren Hunderttausend Franken binden würde.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit Punkt 2, 3 und 4 des Vorstosses als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 3. Juli 2013

Der Gemeinderat